

Wirtschaft

Das Geschäft mit den Superreichen

Wer im Geld schwimmt, hat viele Probleme - und weder Zeit noch Musse, sich um jedes selber zu kümmern. Dies erledigen Berater. Im Hotel Dolder in Zürich bilden sie sich weiter.

Von Bruno Schletti

Unter der riesigen Kuppel des Ballsaals wird für einmal weder getanzt noch diniert. Es herrscht Seminaratmosphäre. Vorne erklärt Marc Rudolf von Greater Zurich Area, dass sich die pauschale Besteuerung nur für wirklich Reiche rechne, da der Mindesttarif je nach Kanton bei 250 000 Franken oder auch bei einer halben oder ganzen Million liege.

Unter den Zuhörern sitzt eine imposante Figur: kurzer Bürstenschneid, schwarze Jeans, schwarzes, offenes Hemd, auf der Schulterpartie bestickt - chic, aber für die Örtlichkeit doch eher underdressed. Vermutlich ist der Mann so reich, dass es ihm egal sein kann, wer im Dolder Grand was über ihn denkt. Er kommt, so viel verrät er, aus Holland und ist angereist, um sich über die Pauschalbesteuerung zu informieren. Bereits ist er aber zum Schluss gekommen, dass ihm diese nicht bringt, was er sich davon versprochen hat. «Enttäuscht?» - «Nein, überhaupt nicht», sagt der Mann und strebt zum Kaffeeauschank. Geld hat man. Darüber reden will man nicht.

Der Holländer gehört an der Konferenz im Dolder zur Minderheit. Die wenigsten Superreichen verschwenden ihre Zeit mit einem Weiterbildungsseminar. Sie informieren sich nicht selbst. Sie lassen sich informieren. Die grosse Mehrheit der Teilnehmer setzt sich deshalb aus Anwälten, Beratern und Bankern zusammen. Sie kommen aus aller Herren Länder, von allen Kontinenten, auch aus Afrika.

Panoramasicht für Russen

Veranstalter ist Henley & Partners, die sich als weltweit führender Spezialist für Fragen der Niederlassung und der Staatsbürgerschaft ausgeben. Entsprechend wurde zur «Global Residence & Citizenship Conference» geladen. Konferenzsprache ist Englisch. Informationsmaterial liegt aber auch in Russisch, Chinesisch oder Spanisch auf. Die Klientel ist global.

Robert Perfecki, bei Henley Schweiz zuständig für die Vermittlung von Immobilien, hat beispielsweise für einen russischen Kunden ein Zuhause mit Panoramansicht über den Zürichsee organisiert. Der Mann ist im Risikokapital- und Investmentgeschäft tätig. Er lebt und arbeitet international. Der Zürcher Flughafen ist ihm deshalb wichtiger als der See, zumal er auch Häuser am Meer besitzt: in Frankreich und in der Karibik, neben der Liegenschaft in der russischen Heimat. In der engeren Wahl für das neue Domizil standen auch England und Spanien. Den Ausschlag für die Schweiz gab der Nachwuchs: «Wir wollten, dass unsere Kinder in einer sicheren, ordentlichen und intakten Umgebung aufwachsen.» Die Ordnung in der Schweiz könne einen geradezu «süchtig» machen.

Es könnte auch ein Inder sein, sagt Perfecki. Mit einer Fabrik in Hongkong, einer Wohnung in London, einem Chalet in den Alpen und einer Jacht in der



Villen an Schweizer Seen sind heiss begehrt, und wer sich das leisten kann, wird bearbeitet und betreut. Foto: Stefan Jäggi (Keystone)

Der Zürcher Flughafen ist dem Russen wichtiger als der See, zumal der Mann auch Häuser am Meer besitzt: in Frankreich und in der Karibik.

Karibik. Wenn auch er seine Kinder in der Schweiz schulen lassen will, helfen ihm die Spezialisten von Henley & Partners zu einer Niederlassungsbewilligung. Und sie suchen ein standesgemässes Zuhause.

Nur, ein Schweizer Pass ist für Inder oder Russen nicht so einfach zu erlangen. «Der Pass bedeutet Mobilität», sagt Perfecki. «Je höher die Reputation eines Passes ist, desto grösser ist die räumliche Mobilität.» Deshalb sind Weltbürger oft auf der Suche nach einer zweiten Nationalität. Doch nicht jeder Pass ist ein internationaler Freibrief. «Versuchen Sie einmal mit einem arabischen Pass nach Israel oder einem pakistanischen in die USA einzureisen», sagt Perfecki. Und er verweist darauf, dass ein US-Pass in gewissen Ländern

das Todesurteil bedeuten kann. Dann, wenn US-Amerikaner terroristischen Fanatikern in die Hände fallen. Aber eben: Wer aus solchen Gründen legal eine zweite Staatsbürgerschaft erlangen will, kommt in der Schweiz innerhalb nützlicher Frist nicht zum Ziel. Von den Experten wird er aber erfahren, dass dies in Belgien eine Frage von nur sieben Jahren ist, im karibischen Inselstaat St. Kitts und Nevis gar nur eine des nötigen Kleingeldes. Ab 200 000 US-Dollar ist man dabei.

Das Geschäft von Henley mit den Superreichen muss äusserst lukrativ sein. Auf Zahlen angesprochen, verdreht Perfecki die Augen und relativiert: «Es sind nur ein paar handverlesene Personen oder Familien, die wir pro Jahr in der Schweiz platzieren.» Man sei eine exklusive Beratungsboutique, die kein Massengeschäft betreibe.

Absenz der Schweizer Banken

Auffallend an der dreitägigen Konferenz im Dolder ist das Nicht-Vorhandensein der Schweizer Banken. Man habe im Vorfeld etliche kontaktiert, sagt Perfecki. Doch die Schweizer Banken befänden sich noch immer in einer

«Strategie- und Selbstfindungsphase». Sie seien zu sehr mit sich selbst beschäftigt. Henley-Partner Christian Kälin doppelt nach: «Die Schweizer Banken schenken der Frage von Domizilwechseln zu wenig Beachtung. Dabei ist das Potenzial der Standortfrage riesig, viel grösser, als man denkt.»

Anwesend ist dagegen die britische Konkurrenz: HSBC und Barclays. «Vor allem Barclays Wealth hat es gecheckt», sagt Kälin. Sie würden sich voll auf die Bedürfnisse der schwer reichen Weltbürger konzentrieren, und zwar nach dem Prinzip «comply or move out»: Regeln einhalten, Steuern bezahlen oder mitsamt dem Geld woanders hingehen.

Anwesend an der Dolder-Konferenz ist auch die Privatklinikgruppe Hirslanden. Auch sie lebt teilweise von den Reichen dieser Welt. Die Kunden beziehungsweise Patienten stammen vor allem aus Deutschland, den Golfstaaten und Russland. Sprecher Oliver Meili korrigiert aber ein Klischee: «Sie kommen nicht für ein paar Botox-Spritzen, sondern für ernsthafte Operationen.» Deshalb spüre die Klinikgruppe auch die Krise nicht. Dringende Operationen könne man nicht aufschieben.

Die Europäer knicken ein

Der Widerstand gegen das Swift-Abkommen mit den USA schwindet. Die EU-Staaten dürften dem Datentransfer zustimmen.

Frankreich und Finnland haben ihre Bedenken punkto Datenschutz bereits abgegeben. Auch Deutschland und Österreich wollen ein EU-Abkommen mit den USA über den Transfer von Bankdaten offenbar nicht mehr blockieren. Das sogenannte Swift-Abkommen könnte wie von der schwedischen EU-Präsidenschaft geplant nächsten Montag von den Innenministern der Mitgliedsstaaten verabschiedet werden.

Das Swift-Abkommen soll als neue Rechtsgrundlage für den Datentransfer an die US-Terrorfahnder dienen. Im EU-Parlament und unter Datenschützern ist die Kritik gross. Beanstandet wird, dass EU-Bürger gegen den Missbrauch ihrer Daten in den USA nicht klagen können.

Auch der Zeitpunkt der Verabschiedung missfällt: Am Dienstag, 1. Dezember, tritt der Reformvertrag von Lissabon in Kraft, der dem EU-Parlament ein Mitentscheidungsrecht einräumen würde. Die Regierungen der Mitgliedsstaaten wollten das Swift-Abkommen ohne EU-Parlament noch schnell durchziehen, kritisiert der deutsche EU-Abgeordnete Jan Philipp Albrecht.

Kommission machte Druck

Grüne und Liberale im EU-Parlament werfen den Europäern vor, gegenüber den USA einzuknicken: «Die Frage ist, ob man sich von den USA über den Tisch ziehen lassen oder zu seinen Prinzipien stehen will», sagt der Europa-Abgeordnete Albrecht. Das neue Abkommen ist nötig, weil der Bankdienstleister Swift ab Ende Jahr die europäischen Transaktionen nicht mehr über den Server in den USA, sondern über Computer in den Niederlanden und der Schweiz abwickelt.

Vom Protest der EU-Parlamentarier aufgeschreckt, haben in den letzten Wochen auch einzelne Länder Datenschutzbedenken angemeldet. Die EU-Kommission machte zuletzt Druck für das Abkommen: Die USA hätten die europäischen Behörden in den vergangenen Jahren dank den Swift-Daten über 5400 Verdachtsfälle informiert, sagte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso gestern. Anschläge seien so verhindert worden. Barroso warnte vor einer «gefährlichen Sicherheitslücke», sollte das auf ein Jahr befristete Übergangsabkommen nicht in Kraft treten. Er versprach, dem Parlament bereits im Januar einen Entwurf für ein endgültiges Abkommen über Datentransfer zu unterbreiten. *Stephan Israel, Brüssel*

Kolumne

Konsument Böni hat einen sauren Kollegen



Konsument Böni hat einen Kollegen, der zur Zielgruppe der 60+ gehört. Und dieser bekam kürzlich von der Swisscom private Post, einen Fragebogen mit dem Titel «Computer und Internet ab 60». Mit sechs einfachen Fragen, die der Swisscom helfen sollten, «unseren Kundinnen und Kunden den Zugang zum Internet zu erleichtern». Jemandem den Zugang erleichtern, der seit zwei Jahrzehnten am Mac seine Brötchen verdient? Und ihm Fragen stellen wie: «www und @: Sind Sie diesen Zeichen auch schon begegnet?» Oder: «Haben Sie in Ihrem Umfeld einen (Profi), der sich mit Computer und Internet auskennt?» Konsument Böni Kollege fühlte sich als www-weltfremder, etwas seniler Tattergeis angesprochen - und verarscht. Er fragt sich, ob wohl auch Bruno Franzen, der Erfinder des papierlosen Büros, den gleichen Fragebogen erhalten hat. Franzen ist schliesslich auch 60+. Wie so viele andere Früheinsteiger und heutige versierte iPhone-User. (eg)

Rettungsaktion in letzter Minute

Nur noch wenige Minuten hätte es am 1. Oktober 2008 gedauert, und die britischen Grossbanken Royal Bank of Scotland (RBS) und HBOS hätten ihre Bancromaten sperren und ihre Geschäftstätigkeit einstellen müssen. In dieser absoluten Notsituation griff die Bank of England ein und stellte 61,6 Milliarden Pfund zur Verfügung. Dies enthüllte die Englische Notenbank jetzt. Finanzminister Paul Myners verteidigte gestern die absolute Geheimhaltung, mit der die Entscheidung über die Bühne gegangen war. Das Bankensystem sei «sehr nah am vollständigen Zusammenbruch» gewesen. Weil sich die Banken inzwischen wieder stabilisiert hätten, habe man Einzelheiten der Notkredite nun öffentlich gemacht. Das Geld sei im Januar von beiden Geldinstituten komplett zurückgezahlt worden.

RBS ist inzwischen zu 84 Prozent in Staatsbesitz. HBOS wurde von Lloyds übernommen, die Gruppe gehört zu 43 Prozent dem Staat. (TA)

Stromkonzerne warnen vor höheren Abgaben

Von 1 Franken, den wir für den Strom bezahlen, gehen 27 Rappen in öffentliche Kassen. Künftig dürften es wesentlich mehr sein.

Bund, Kantone und Gemeinden verteuern den Strom mit Steuern und Abgaben. Vom Endkundenpreis geht rund ein Viertel an die öffentliche Hand. Das zeigt eine Studie, welche der Verband der Schweizerischen Elektrizitätswerke (VSE) in Auftrag gegeben hat. Verfasst hat sie die BSG-Unternehmensberatung St. Gallen. Die in Bern vorgestellte Studie beruht auf den Strompreisen des Jahres 2007 und somit auf der Periode vor der Strommarktliberalisierung.

Die Belastungen durch öffentliche Abgaben sind von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich. Deshalb differieren auch die Strompreise. Die Studienverfasser haben 37 Stromfirmen befragt und einen durchschnittlichen

Preis von 14,5 Rappen je Kilowattstunde ermittelt. Davon entfielen 3,9 Rappen auf Abgaben an die öffentliche Hand.

Sowohl der Strompreis als auch die Abgaben sind innert zehn Jahren gesunken. Strom war deshalb in der Schweiz lange Zeit billig. Die Strommarktliberalisierung hat aber im laufenden Jahr einen Preisschub bewirkt. Höher wurden vor allem die Netzkosten. Inwiefern Gemeinden und Kantone die Chance genutzt haben, um Abgaben zu erhöhen, zeigt die Studie nicht. Das Bundesamt für Energie (BFE) wird der Frage anhand einiger Fälle nachgehen, wie BFE-Direktor Walter Steinmann ankündigte.

Bis zu 1,7 Rappen teurer

VSE-Direktor Josef Dürr kritisierte, es seien zahlreiche weitere Erhöhungen geplant. Er erwähnte vor allem die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) für erneuerbare Energien. Die KEV verteuert seit 2009 jede Kilowattstunde Strom um 0,45 Rappen. Im Parlament steht eine Anhebung auf 1,2 Rappen zur

Diskussion. Der Nationalrat hat sich gestern für 0,9 Rappen entschieden. Nun ist wieder der Ständerat am Zug.

Bereits von beiden Räten beschlossen sind höhere Wasserzinsen für die Bergkantone. Die Kosten je Kilowattstunde steigen von derzeit 1,2 auf 1,65 Rappen im Jahr 2015. Zur Äufnung eines Fonds zur Reduktion von Abflussschwankungen ist ein Zuschlag von 0,1 Rappen je Kilowattstunde geplant.

«Total kommen neue Belastungen von bis zu 1,7 Rappen je Kilowattstunde auf den Strompreis hinzu», warnte Dürr. Ungefähr so viel hat der Strom im laufenden Jahr aufgeschlagen. VSE-Präsident Kurt Rohrbach zeigte sich erstaunt, dass im Zusammenhang mit den geplanten neuen Abgaben «die intensive Debatte der letzten Monate um eine wirtschaftliche und günstige Stromversorgung ausgeblendet wird».

Ein Blick ins Ausland zeigt allerdings, dass Strom in der Schweiz trotz allem vergleichsweise günstig bleiben dürfte. *Hans Galli*